



<https://blz.li/42z8>

# CDU: GEMEINSAME SCHULE IST DER RICHTIGE WEG

Veröffentlicht am 01.09.2020 um 10:49 von Redaktion LeineBlitz

Kurz vor den anstehenden Entscheidungen im Rat in Sachen Grundschulen in Schulenburg und Jeinsen warnt die Pattenser CDU vor Kurzschluss-handlungen. "Es stehen Entscheidungen an, die alle Menschen in dieser Stadt betreffen - nicht nur die südlichen Stadtteile. Immerhin geht es um die Investition von mehr als 13 Millionen Euro für eine Schule und eine Kindertagesstätte (Kita)", erklärt Dr. Horst Bötger, Fraktionsvorsitzender der CDU-Ratsfraktion. "Und nun könnten sogar noch einmal zwei bis drei Millionen für den Bau einer neuen Kita in Jeinsen dazukommen", so Dr. Bötger. Worum geht es? Im November vergangenen Jahres hatte der Rat mit großer Mehrheit entschieden, die Jeinser Grundschule zu schließen und eine neue Grundschule in Schulenburg zu errichten, die von den Kindern aus beiden Orten sowie Vardegötzen und



**Die Leinatalsschule in Jeinsen soll nach Ansicht der CDU-Stadtratsfraktion geschlossen werden.**

Thiedenwiese besucht werden sollte. Das Gebäude der Jeinser Schule sollte als Kindertagesstätte weitergenutzt werden. Im März fiel im Rat die knappe Entscheidung, die gemeinsame Schule auf einem Grundstück im Norden Schulenburgs zu errichten. Dies war im Sinne vieler Jeinser Bürger. Viele Schulenburger hatten allerdings den südlichen Standort bevorzugt. Sie sammelten Unterschriften und sorgten somit dafür, dass nun alle Wahlberechtigten der Stadt Pattensen beim Bürgerentscheid am 27. September über die Standortfrage entscheiden. Nun liegt allerdings ein Antrag verschiedener Ratsmitglieder vor, der den Bürgerentscheid verhindern und gleichzeitig die Schließung der Jeinser Schule rückgängig machen soll. Eine breite Mehrheit von sieben Mitgliedern der CDU-Stadtratsfraktion wird sich diesem Antrag nicht anschließen. "Eine neue gemeinsame Grundschule bietet sowohl den Schulenburger als auch den Jeinser Kindern in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die besten Bildungschancen. Die Wege zu der neuen Schule bleiben insbesondere beim Standort Nord für alle kurz. Eine gemeinsame Schule ist auf jeden Fall in Bau- und Folgekosten günstiger als zwei. Und alle Kinder profitieren so von der Ausstattung und Funktionalität einer neuen Schule", betont Georg Thomas, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU. "Wie bitte sollte man denn den Jeinser Kindern in ein paar Jahren erklären, wieso sie nur in einer alten Schule lernen dürfen", ergänzt CDU-Ratsherr Andreas Junge. "Die neue gemeinsame Schule wird die Unstimmigkeiten und Konflikte überwinden, die entstanden sind." Die CDU-Politiker fragen sich auch, woher die zusätzlichen zwei bis drei Millionen Euro für eine neue Kindertagesstätte kommen sollen, wenn die Jeinser Schule erhalten bliebe und nicht zur Nachnutzung als Kita zur Verfügung steht. "Wir haben gerade erst die Straßenausbaubeitragssatzung abgeschafft, planen die Sanierung des Pattenser Bads und müssen in den nächsten Jahren auch noch Feuerwehrhäuser sanieren. Auch wenn es keiner hören mag, aber trotz [niedriger Zinsen](#), wird das nicht ewig so weitergehen können", sagt Martin Jausch, Ratsmitglied und Vorsitzender des Pattenser CDU-Ortsverbands. "Und wer sagt, dass in einigen Jahren nicht auch in Jeinsen der Wunsch nach noch umfassenderen Sanierungen der Schule aufkommt?" Auch die Festlegung auf den Standort Süd sehen einige CDU-Ratsmitglieder kritisch. "Das Grundstück ist zwar etwas günstiger, allerdings entstehen dort unter anderem wegen fehlender Fußwege zusätzliche Kosten. Und auch durch die Form des eher langgezogenen Grundstücks können Mehrkosten entstehen", erklärt Andreas Junge. In der Vergangenheit hätten sich auf den ersten Blick günstige Lösungen für die Stadt Pattensen hinterher leider doch als teuer erwiesen. Es ist daher falsch, wenn gesagt wird, dass die anstehenden Entscheidungen, nicht die Menschen in ganz Pattensen betreffen. Aus Sicht der sieben CDU-Ratsmitglieder sollten die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. "Erst einen Bürgerentscheid

zu fordern und ihn dann wieder zu kippen, wirkt als wolle man die Menschen gar nicht mitbestimmen lassen. Aus unserer Sicht schadet dies der Demokratie", sagt Georg Thomas. Die CDU-Mitglieder haben sich ihre Entscheidung nicht leicht gemacht: "Die Menschen, die uns ihre Stimme gegeben haben, erwarten von uns Entscheidungen, die im Sinne der gesamten Stadtbevölkerung sind. Und dazu stehen wir."